

# Integrationsbeiräte in der Landeshauptstadt Hannover

## Auswertung einer Datenerhebung zum Netzwerktreffen im April 2012

### Einleitung

Seit der Kommunalwahl 2011 sind in allen 13 Stadtbezirken der Landeshauptstadt Hannover Integrationsbeiräte eingerichtet und aktiv. Im Ratsbeschluss zur Einrichtung dieser Gremien im Jahr 2008 wurden die Ziele einer stadtbezirksorientierten Integrationspolitik wie folgt definiert:

- *Abbau von Zugangsbarrieren durch persönlichen Kontakt*
- *Stärkung des Willens zur Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure im Sozialraum durch räumliche Nähe und unmittelbare Betroffenheit*
- *Verstärkung dieser Motivation durch die Erfahrung, mit eigener Arbeit zu Verbesserungen und Erfolgen am Lebensort beizutragen*

Die damit verbundene Hoffnung war, dass die Integrationsbeiräte die Anliegen der im jeweiligen Stadtbezirk lebenden Menschen mit Migrationshintergrund stärker in den öffentlichen Fokus brächten. Die Integrationsbeiräte sollten zudem auch ein Forum zum gegenseitigen Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren unterschiedlicher Herkunft bilden. Durch den direkten Kontakt der Integrationsbeiratsmitglieder zu den Einwohnerinnen und Einwohnern wurde erhofft, angemessene Maßnahmen bzw. Integrationsprojekte zielorientierter als bisher entwickeln zu können.

Bei der Ausgestaltung der konkreten Arbeit der Integrationsbeiräte vor Ort zeichnen sich mittlerweile sehr unterschiedliche Wege ab. Einige Beiräte fördern vor allem die Integrationsarbeit durch finanzielle Zuwendung an Projekte, andere entwickeln neben der Förderung auch eigene Projektideen, die mit den eigenen Mitteln finanziert werden. So ist z. B. eine Broschüre zum interreligiösen Dialog entstanden und es wurden zahlreiche interkulturelle Stadtteilstefest durchgeführt. Einige der Integrationsbeiräte vergeben in ihrem Stadtbezirk auch einen Integrationspreis für herausragende ehrenamtliche Arbeit. Insgesamt sind viele wertvolle Ansätze zur Unterstützung einer nachhaltigen Integrationspolitik entstanden.

Wie sieht jedoch die Innenperspektive aus? Haben sich die Erwartungen der Integrationsbeiratsmitglieder an ihr Gremium erfüllt? Welche Einschätzung ihrer bisherigen Arbeit, insbesondere auch bezüglich der Strukturen, in denen sie wirken, geben sie ab? Wo liegen inhaltliche Arbeitsschwerpunkte und wie gestaltet sich der Rahmen der Zusammenarbeit? Darüber ein genaueres Bild zu erhalten, war die Intention der vorliegenden Befragung der Mitglieder (einschließlich ehemaliger Mitglieder) der Integrationsbeiräte. Die Ergebnisse sollen nicht nur den Ist-Zustand beschreiben, sondern darüber hinaus auch als Grundlage für eine Diskussion über ggf. sinnvolle Modifikationen dienen.

Die Befragung fand im Vorfeld der jährlichen gemeinsamen Sitzung des Integrationsrates Hannover mit den Integrationsbeiräten am 19. April 2012 statt. Es wurde die Form eines teilstandardisierten Fragebogens gewählt, die Rückmeldungen kamen

aus allen Stadtbezirken. Die Rücklaufquote betrug etwa 25 Prozent, dies ist für eine schriftliche Befragung ein befriedigender Wert. Die Beteiligung von Mitglieder mit und ohne Migrationshintergrund war ungefähr ausgewogen: 47 Prozent der ausgefüllten Bögen kamen von Mitgliedern mit Migrationshintergrund, 53 Prozent von jenen ohne Migrationshintergrund. Deutlich erkennbare Abweichungen hinsichtlich der Einschätzung der Arbeit der Integrationsbeiräte zwischen den Mitgliedern mit Migrationshintergrund bzw. jenen ohne Migrationshintergrund ergaben sich nur bei wenigen Punkten, auf die gesondert hingewiesen wird. Da bei den anderen Fragen diese Unterscheidung (mit oder ohne Migrationshintergrund) keine erkennbare Auswirkung hatte, konnte in der Präsentation der Ergebnisse auf eine entsprechende Differenzierung verzichtet werden.

## 1. Ergebnisse der quantitativen Befragung

Die Frage nach der **Zufriedenheit** mit der Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Stadtbezirksrat wurde durchweg positiv beantwortet: Rund 70 Prozent aller Befragten waren mit der Zusammenarbeit „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“. Nur etwas mehr als acht Prozent waren „eher unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“ (siehe Tabelle 1).

Zählt man allerdings die über 17 Prozent der Unentschlossenen, die mit „teils, teils“ geantwortet haben, hinzu, ergibt sich, dass fast 25 Prozent der Befragten offenbar Kritik oder zumindest Zweifel an der Zusammenarbeit haben. Konkrete Verbesserungsvorschläge, sofern sie benannt wurden, werden unter Punkt 2.3 aufgeführt.

Die **Wirksamkeit der Beschlussempfehlungen** der Integrationsbeiräte wurde, wie folgendes Diagramm (Tabelle 2) zeigt, ebenfalls sehr positiv beurteilt.

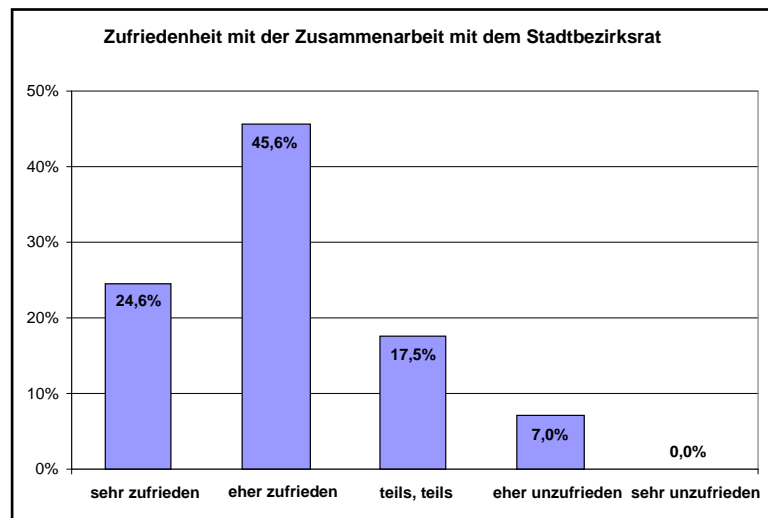


Tabelle 1

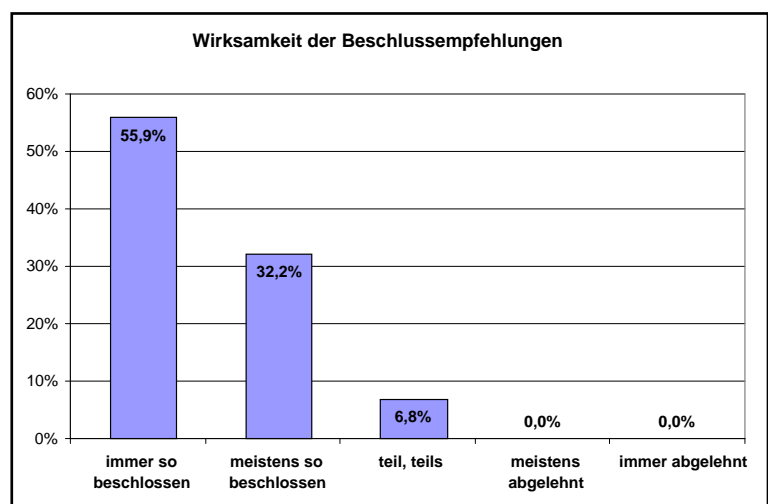


Tabelle 2

Bezüglich der **Zusammenarbeit** mit der Stadtverwaltung ist grundsätzlich festzustellen, dass diese insgesamt als sehr positiv bewertet wurde (siehe Tabelle 3 auf der

nächsten Seite). Die Differenzierung nach Migrationshintergrund ergab jedoch einen auffälligen Unterschied bei der Auswahl der Stufen „sehr zufrieden“ bis „eher zufrieden“ des Antwortschemas. Mitglieder mit Migrationshintergrund wählten diese Stufen der Einschätzung zu 92,9 Prozent, im Gegensatz zu 72,4 Prozent der Mitglieder ohne Migrationshintergrund.

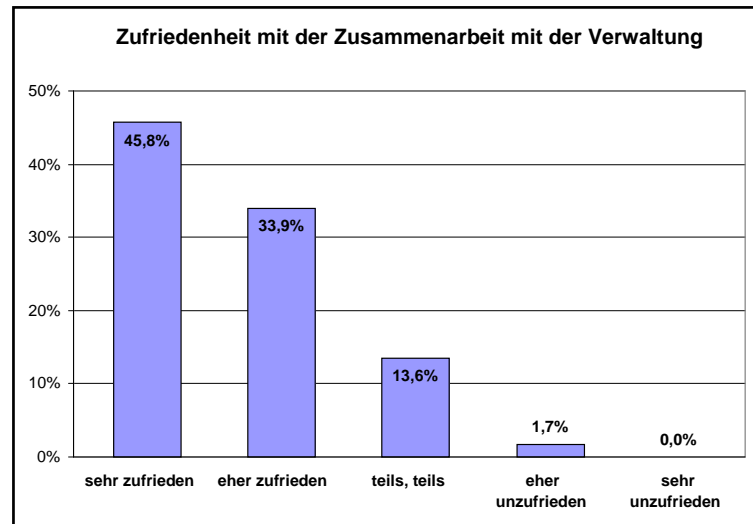


Tabelle 3

Im Umgang mit der **Vergabe von Fördermitteln** dominieren in den Integrationsbeiräten Vereinbarungen, die entweder schriftlich festgehalten oder klar verabredet wurden.

Bei den Methoden der **Öffentlichkeitsarbeit** überwiegen Infostände, Flyer und Stadtteilstunden. Eine wichtige Bedeutung hat aber auch die Mund-zu-Mund-Propaganda, um über die Aufgaben der Integrationsbeiräte zu informieren.

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die **Themen der Sitzungen** der Integrationsbeiräte.

**Weitere Themen**, die zusätzlich von Einzelnen gewünscht wurden:

- Auftaktveranstaltungen
- Kennenlernen und Aktivierung von Vereinen und Organisationen im Stadtteil
- Vorstellung der verschiedenen geförderten Projekte im Stadtteil
- Initiierung eigener Projekte
- Bildung von Arbeitsgruppen und Berichte aus den Arbeitsgruppen
- Vorstellung/Präsentation der Migranteneinrichtungen u.ä. Einrichtungen
- Projekte: z.B. Religion und Demokratie; Kita-Schule-Sprache; Entwicklung neuer Formen, die mit Integration zu tun haben
- Fortbildungen

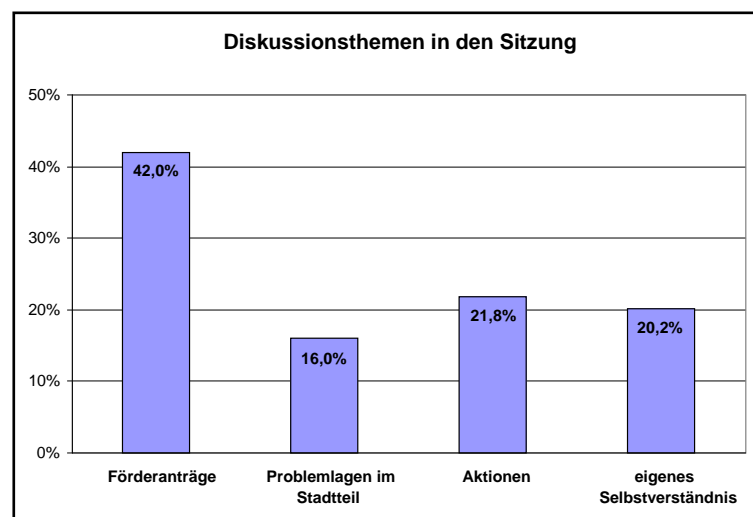


Tabelle 4

Als ein Ergebnis der Befragung kann festgehalten werden, dass die **Kenntnis über Migrantenorganisationen** im eigenen Stadtteil verbessert werden kann. Lediglich die Hälfte der Befragten hat nach eigener Einschätzung einen sehr guten bis guten Überblick. Mitglieder mit Migrationshintergrund schnitten hier mit 57 Prozent, die sich selbst einen guten bis sehr guten Überblick attestierten, spürbar besser ab als ihre Kolleg/innen ohne Migrationshintergrund (knapp 45 Prozent).

Zusammenfassend stellt sich die eigene **Erfolgseinschätzung der Arbeit der Integrationsbeiräte** wie folgt dar:

Die Erfolgseinschätzung fiel bei den Mitgliedern mit Migrationshintergrund noch etwas positiver aus. Sie wählten die Stufen „sehr zufrieden“ oder „eher zufrieden“ zu 57 Prozent, im Vergleich äußerten sich die Mitglieder ohne Migrationshintergrund nur zu 45 Prozent in dieser Weise.

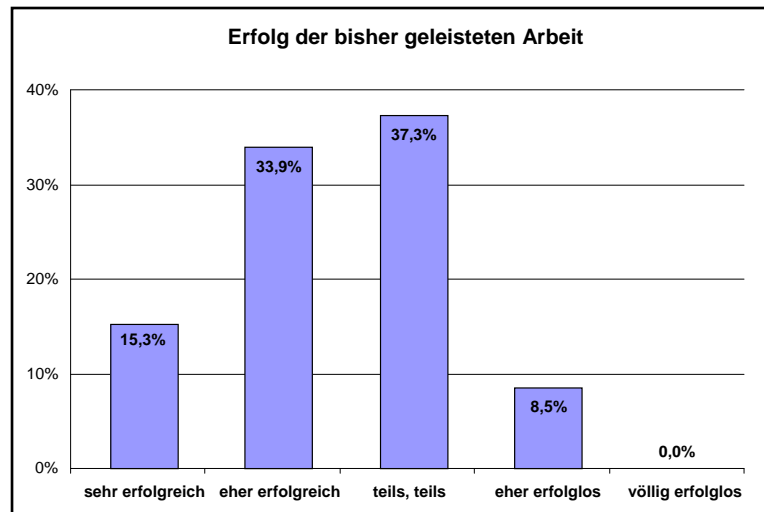


Tabelle 5

## 2. Die Ergebnisse der qualitativen Befragung:

Aus dem qualitativen Fragebogenteil wurden die nachstehenden Ergebniskategorien entwickelt.

### 2.1. Kritikpunkte und Anregungen

40 Prozent der Befragten äußerten Kritikpunkte und weitere Anregungen, die hier zusammenfassend dargestellt werden. Es handelt sich um Äußerungen einzelner Mitglieder. Eine Häufung ergab sich insbesondere bei den Ergebniskategorien Arbeitsfähigkeit, Zielgruppenzugang und Aufgabenbereich.

- **Arbeitsfähigkeit**

Im diesem Kontext wurde benannt, dass für die Anfangsphase ein intensiver Austausch der Beiräte untereinander fehle. Die Arbeit am eigenen Selbstverständnis ist bei der heterogenen Zusammensetzung erschwert oder fände zu wenig statt. Die fehlende Kontinuität durch Mitgliederschwind oder wechselnde Anwesenheit, erschwerten ebenfalls die Arbeit. Es wurde bemängelt, dass sich an Aktionen zu wenige Mitglieder beteiligen. Eine Schulung oder Vorbereitung auf die Funktion habe nicht stattgefunden und dieser Mangel schlug sich in der Arbeitsfähigkeit nieder.

- **Zielgruppenzugang**

Angeführt wurde, dass die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu gering sei, und die Frage des Zielgruppenzugangs wurde gestellt. Vor diesem Hin-

tergrund äußerten Einzelne auch die Meinung, dass die Beiräte von Menschen mit Migrationshintergrund nicht als Sprachrohr oder Ansprechpartner genutzt würden. Ebenfalls wurde kritisiert, dass die Sitzungen nicht den Erwartungen dieser Zielgruppe entsprächen.

- **Aufgabenbereich**

Der Fokus auf die Verteilung von Geldern sowie Diskussionen über Projektanträge wurde bemängelt. Bezüglich der Mittelvergabe wurde der Aufteilungsschlüssel für die Projektgelder kritisiert, da er nicht „bedarfsorientiert“ sei. Auch solle bei der Mittelvergabe die Dominanz der großen Vereine kritisch betrachtet werden.

- **Sitzungsmanagement**

Insgesamt wurde das Zeitmanagement kritisiert. Diskussionen zögen sich in die Länge und die Profis stünden im Vordergrund. Auch werden die Sitzungen als zu bürokratisch, zu formal und – in diesem Sinne – zu „deutsch“ wahrgenommen. Eine Zielgruppenvielfalt fehle.

- **Sitzungsinhalte**

Kritisiert wurde mit Blick auf die Inhalte eine fehlende Einbeziehung von stadtteilspezifischen Themen, aber auch der Tagespolitik. Eine stadtteilbezogene Bestandsaufnahme der Angebote zum Thema Integration und der Träger wurde als fehlende Aufgabe der Sitzungen bemängelt. Auch sollten die Sitzungen weniger von der Antragsbearbeitung dominieren werden.

- **Gleichberechtigter Umgang**

Der Kommunikationsstil wurde kritisiert. Redezeiten würden von den Erfahrenen und Etablierten stark in Anspruch genommen. Die Verwendung von vielen Fachbegriffen schaffe Verunsicherungen. Von Einzelnen wurde mehr Rücksichtnahme auf Menschen, für die Deutsch die Zweitsprache sei, gewünscht. In diesem Zusammenhang wurde die Idee einer Schulung für Neulinge vorgeschlagen.

## 2.2. Positive Aspekte

68 Prozent der Befragten äußerten sich konkreter zu ihren positiven Erfahrungen im Rahmen ihrer Mitarbeit im Integrationsbeirat. Die genannten Aspekte häuften sich in der Ergebniskategorie „Wirksamkeit“, „Arbeitsstil“ und „Struktur“.

- **Wirksamkeit**

Meinungen, die zu diesem Thema geäußert wurden, bekräftigten, dass die Arbeit der Integrationsbeiräte das Thema „Integration“ in den Fokus gebracht habe. Probleme würden durch die Integrationsbeiräte bürgernah diskutiert. Eine Wirkung in den Stadtbezirken sei feststellbar. Die Integrationsbeiräte hätten über die Diskussionen von Problemlagen im Stadtteil und von Förderanträgen eine integrierende Wirkung, und deren Mitglieder hätten eine Multiplikatorenrolle übernommen. Die Wirksamkeit

zeige sich auch in der Förderung von Projekten, die ansonsten kein Geld erhalten hätten. sowie in der positiven Wirkung einzelner Projekte.

Weiterhin wurde benannt, dass Menschen mit Migrationshintergrund über ihre Vertreter/innen zu Wort kämen und es nun einen Rahmen gäbe, auch religiöse Themen öffentlich zu diskutieren. Das Miteinander im Stadtteil würde auf diesem Wege transparenter, und Vorurteile würden abgebaut. Es entwickelten sich direkte Kontakte zu Einrichtungen wie Kitas, Familienzentren sowie Jugendzentren. Für den Stadtbezirk könnten sinnvolle Projekte in diesem Rahmen ausgewählt werden. Integrationsbeiräte arbeiteten an Zukunftsplänen Es wurde betont, wie wichtig die gemeinsame Arbeit der unterschiedlichen Gruppen in diesem Gremium sei.

- **Arbeitsstil**

Die offene und konstruktive Zusammenarbeit sowie die gegenseitige Wertschätzung wurden hervorgehoben. Die Bemühungen und das Interesse von allen Beteiligten seien erkennbar und es herrsche ein intensiver Austausch und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit vor. Man arbeite ergebnisorientiert, aber es wurde auch benannt, dass neben der Zusammenarbeit das persönliche Kennenlernen eine wichtige Rolle spiele.

- **Struktur**

Als wesentlicher Erfolg wurde die Netzwerkbildung mit Vereinen, Migrantenorganisationen, Verbänden und der Verwaltung benannt sowie auch die persönliche Vernetzung im Stadtteil. Den Arbeitsgruppen kämen zwischen den Sitzungen eine wichtige Funktion zu, da sie Raum für Gespräche und klärende Informationen böten. Die heterogene Zusammensetzung der Integrationsbeiräte ermögliche Multiperspektivität, die wiederum eine gute Grundlage für sinnvolle Entscheidungen böte.

## **2.3. Optimierungsvorschläge**

Die in den Fragebögen genannten Vorschläge für Verbesserungen werden, je nachdem, an wen sich die Vorschläge richten, nachfolgend zusammengefasst wiedergegeben.

### **a) Stadtbezirksrat**

Gewünscht wurde mehr Informationsaustausch bzw. eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadtbezirksrat und Integrationsbeirat. Ein regelmäßiger Austausch über Interessen und Zielkonflikte sei wichtig. Es solle kein Parteizwang bestehen. In diesem Zusammenhang sei auch der Wunsch nach der gegenseitigen Teilnahme an Sitzungen zu sehen. Die Bekanntgabe von Einladung zu Sitzungsterminen solle schriftlich erfolgen, und es solle auch zu den einzelnen Fraktions- und Ortsverbands-sitzungen der jeweiligen Parteien eingeladen werden. Über die Förderung von Projekten, sofern sie schon vom Integrationsbeirat beschlossen wurde, solle nicht erneut diskutiert werden. Insgesamt solle die Arbeit der Integrationsbeiräte in diesem Zusammenhang mehr Anerkennung erfahren.

## **b) Stadtverwaltung**

Einzelne konkrete Verbesserungsvorschläge zielten vorrangig auf den Wunsch nach mehr Unterstützung durch die Stadtverwaltung ab. Genannt wurden in diesem Kontext der Vorschlag der Übernahme der Gesamtkoordination und der Ausbau einer beratenden Rolle seitens der Stadtverwaltung sowie Hilfestellungen bei Pressemitteilungen und Veranstaltungen. Als Weiteres wurde von den Integrationsbeiräten mehr Unterstützung in den Bereichen der Moderation und Begleitung der Ziele des Integrationsbeirates gewünscht. Auch sollten Musterflyer und Muster für Pressemitteilungen zur Verfügung gestellt werden. Der Wunsch nach mehr Elan und Flexibilität seitens der Stadtverwaltung wurde in diesem Kontext ebenfalls benannt. Die Idee der Verteilung einer Ehrenamtskarte für Mitglieder des Integrationsbeirates wurde angeführt. Die Option zur dauerhaften Finanzierung gelungener Integrationsprojekte wurde als sinnvoll erachtet.

## **c) Integrationsbeiräte**

Durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen solle der Bekanntheitsgrad der Integrationsbeiräte und ihre Bürgernähe stadtbezirksbezogen erhöht werden. Dies wurde auch als wichtige vertrauensbildende Maßnahme angesehen. Die Teilnahme an Projektvorstellungen, das Aufsuchen von Organisationen im Stadtbezirk sowie eigene Projekte und Veranstaltungen werden in diesem Zusammenhang als wichtig erachtet. Auch sollen dabei mehr Migrant\*innenorganisationen beteiligt sowie die Vernetzung insgesamt verstärkt werden.

Menschen mit Migrationshintergrund sollen stärker auch mit der Rolle des Vorsitzes der Beiratssitzungen bedacht werden. Bei der Zusammensetzung der Integrationsbeiräte solle auf eine größere Vielfalt geachtet werden. Zudem sollen Integrationsbeiratsmitglieder mit Migrationshintergrund möglichst aus mehreren Stadtteilen eines Stadtbezirks kommen, sodass man Bedarfe besser einschätzen kann und Zielgruppen stadtbezirksweit erreicht werden. Bezüglich der Ausgewogenheit der Zusammensetzung wurde auch angeführt, bei Ehepaaren nicht beide Partner als Mitglieder aufzunehmen.

Der Kommunikationsstil stieß auf Kritik. Der Wunsch diesen zu verbessern wurde genannt. Insgesamt wurde angeregt, Migrant\*innen noch stärker einzubeziehen und gegebenenfalls für diese Funktion zu schulen, wie auch unabhängig vom Migrationshintergrund der Wunsch nach mehr Professionalität geäußert wurde.

Vorgeschlagen wurde auch, die Sitzungen häufiger anzusetzen. Der Transfer von guten Projekten in andere Stadtbezirke sowie eine engere Zusammenarbeit der Integrationsbeiräte insgesamt wurde als vorteilhaft eingeschätzt. Weiterhin wurde benannt, dass Arbeitsgruppen unterstützt werden sollten. Die Schaffung direkter Beratungsmöglichkeit, z.B. telefonisch für jeden Stadtteil, wurde als sinnvoll erachtet. Auch die Funktion von informellen Treffen wurde als wichtiges Mittel zur Schaffung eines guten Arbeitsklimas angesehen.

Bezogen auf die inhaltliche Arbeit war eine Idee, die benannt wurden, die Möglichkeit eigene Projekte durchzuführen. Dies wäre vielleicht eine Option, so die Einschätzung, um nicht vorrangig als Finanzierungsquelle wahrgenommen zu werden und

verstärkt auch konzeptionell zu arbeiten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Wichtigkeit der Beratung kleiner Migrantenvereine bei der Antragstellung erwähnt. Die Auseinandersetzung mit relevanten Themen im Stadtteil müsse verstärkt werden. Weitere Punkte, die angeführt wurden, war der Wunsch nach mehr Rechten und Zuständigkeiten für die Integrationsbeiräte, allerdings ohne eine Konkretisierung, sowie ihre stärkere Einbindung in die politische Kultur insgesamt.

### **3. Bewertung der Ergebnisse**

Insgesamt soll diese Auswertung dazu dienen, die besondere Struktur der sozial-räumlichen Partizipation im Bereich der Integration in der Landeshauptstadt Hannover weiter zu verbessern. Die Ergebnisse werden gleichermaßen der Verwaltung, den Stadtbezirksräten sowie den Integrationsbeiräten selbst zur Verfügung gestellt, um für die weitere Zusammenarbeit die Rückschlüsse und Erkenntnisse einzubeziehen.

Die quantitativen und qualitativen Erhebungsergebnisse lassen folgende Rückschlüsse auf die Arbeit der Integrationsbeiräte, deren Rahmenbedingungen sowie auf Optimierungsmöglichkeiten bestehender Strukturen zu:

Mit der Einrichtung der Integrationsbeiräte scheint eine gute Grundlage in der Landeshauptstadt Hannover geschaffen worden zu sein, das Thema „Integration“ stadtbezirksorientiert und bürgernah zu bearbeiten. Die Zufriedenheit, die in der Befragung der Mitglieder der Integrationsbeiräte bezüglich der Zusammenarbeit mit den jeweiligen Stadtbezirksräten, der Stadtverwaltung, aber auch der Wirksamkeit der Rolle der Integrationsbeiräte zum Ausdruck kommt, spricht dafür, dass auf diese geschaffenen Strukturen aufgebaut werden kann. Kritikpunkte und Optimierungsmöglichkeiten sind in diesem Kontext der selbstverständliche Teil eines Prozesses und müssen nun – ausgehend von dieser Erhebung – einen Rahmen zur gemeinsamen weiteren Bearbeitung finden.

Der direkte Wunsch an die Stadtverwaltung, in diesem Zusammenhang eine größere Rolle einzunehmen, geht einher mit dem angeführten Anspruch der eigenen Professionalisierung der Integrationsbeiräte. Insbesondere der Anspruch, nicht nur Projektgelder zu vergeben, sondern inhaltlich das Thema „Integration“ vor Ort zu bearbeiten, spricht dafür, dass mit den Integrationsbeiräten Gremien entstanden sind, welche grundsätzlich eine hervorragende Brückenfunktion zu schwer erreichbaren Zielgruppen einnehmen können. Dies steht nicht im Widerspruch zu dem ebenfalls angeführten Problem der Zielgruppenerreichung der Integrationsbeiräte, sondern sollte als eine bestehende Herausforderung betrachtet werden, die weitere innovative Ideen in der Integrationsarbeit für die Stadtbezirke erfordert. Hierfür bieten die Integrationsbeiräte den benötigten Rahmen. Dass in diesem Kontext verstärkt die Unterstützung durch die Stadtverwaltung als auch Förderung durch Schulungen gewünscht wird, ist nachvollziehbar.

Konkret wird in Bezug auf die Verwaltung deutlich, dass die Themen Betreuung/Unterstützung der Integrationsbeiräte, Weiterbildung und Musterunterlagen von besonderer Bedeutung sind. Wünschenswert in Bezug auf die eigene Arbeit der In-



tegrationsbeiräte wäre eine interne Diskussion über die Themen Kommunikation, Netzwerkarbeit und Realisierung von eigenen Projekten.

Sofern zu gegebener Zeit erneut der Bedarf nach einer Einschätzung der Arbeit der Integrationsbeiräte deutlich wird, sollte die Vorgangsweise einer Fragebogenerhebung überdacht werden, da der hinreichende aber nicht übermäßige Rücklauf Fragen hinsichtlich der Akzeptanz dieses Erhebungsinstrumentes aufwirft. Gegebenenfalls sollten auch andere Methoden in Betracht gezogen werden, z. B. Fokusgruppen oder persönliche Befragungen, die dann allerdings sehr viel zeitaufwändiger wären.

Abschließend ein kurzes Zitat aus einem Fragebogen, vielleicht auch als Auftrag für weitere Schritte zu verstehen:

***„Das ist so wichtig, dass wir als unterschiedliche Gruppen zusammen arbeiten für unseren Stadtteil.“***

Landeshauptstadt Hannover  
Büro Oberbürgermeister  
Sachgebiet Integration, Politik und Verbände  
Trammplatz 2, 30159 Hannover  
Tel.: 05 11 / 1 68-4 12 32  
E-Mail: 15.21.in@hannover-stadt.de